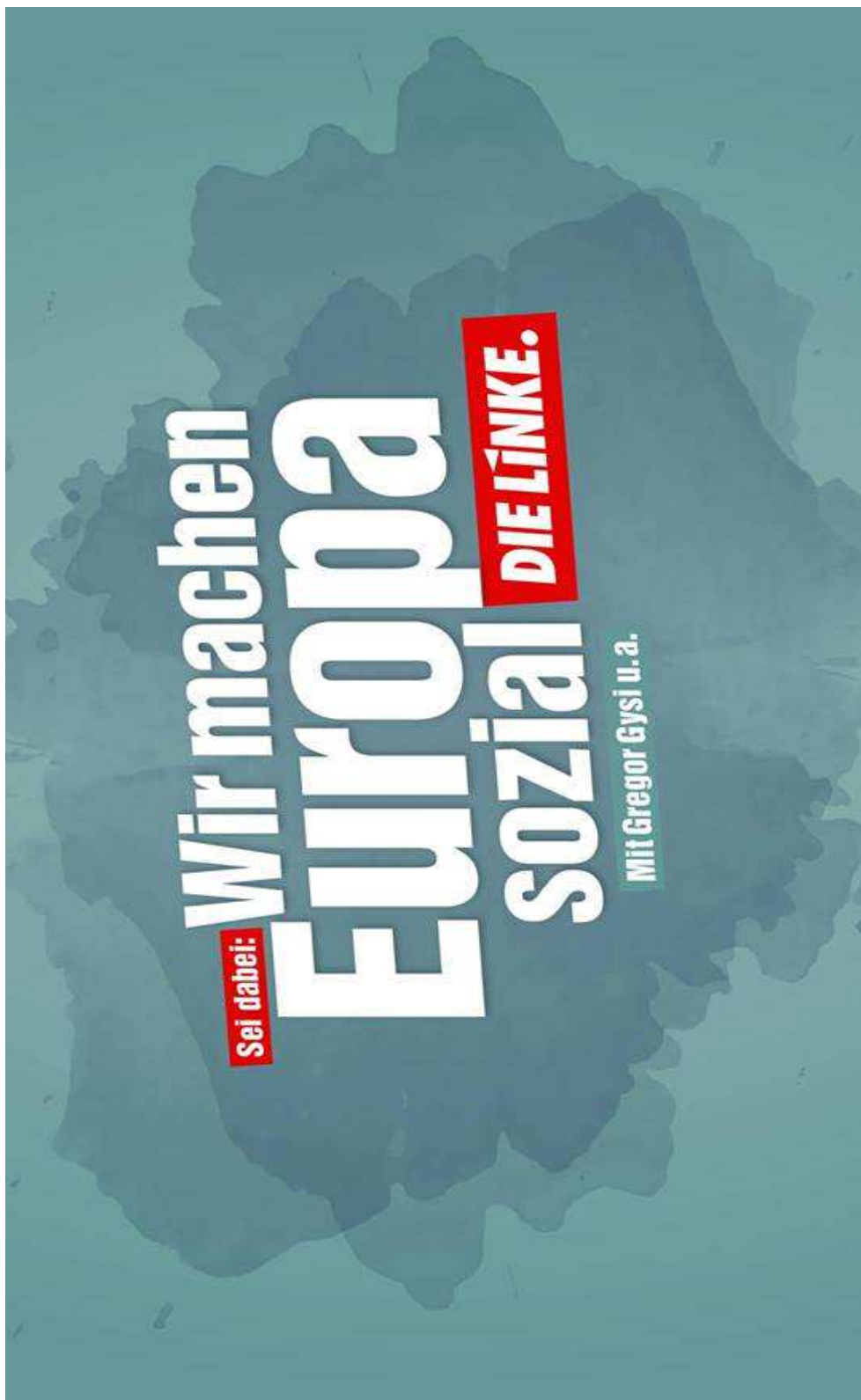


# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

5. Ausgabe / 29. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

14. Mai 2019



**Freitag, 24. Mai 2019  
von 11:30 Uhr bis 14:30 Uhr  
Marktplatz, 06108 Halle (Saale), Deutschland**

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 24. April 2019

Die letzte Sitzung vor den Kommunalwahlen war noch einmal eine von den langen Sitzungen. Interessante Themen sorgten für Diskussionsstoff, aber auch eine Unmenge von Anfragen worden noch einmal an die Stadtverwaltung gestellt.

Ohne Debatte wurden die Änderungen der Hauptsatzung und die Änderung der Zuständigkeitsordnung beschlossen. Grundlage dafür waren bereits andere beschlossene Vorlagen, es ging lediglich um Anpassungen. Auch die Vereinbarung zwischen dem Landkreis Saalekreis und der Stadt Halle (Saale) zur gemeinsamen Trägerschaft der Saalesparkasse ging ohne Diskussion über die Bühne. Änderungen ergaben sich aus dem neuen Sparkassengesetz.

Diskussionen ergaben sich dann bei der Vorlage „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur dauerhaften Beseitigung von Graffiti an baulichen Anlagen“. In der Vorlage ist festgelegt, dass private Hauseigentümer eine kleine finanzielle Unterstützung bekommen sollten, wenn sie Graffiti an den Wänden entfernen lassen. Diese finanziellen Mittel sollen im nächsten Jahr in den Haushalt eingestellt werden. Bodo Meerheim trug in der Diskussion unseren Standpunkt dazu vor. Er betonte, dass wir angesichts der Diskussionen um den Haushalt und der Kürzung von sogenannten freiwilligen Aufgaben als Fraktion nicht zustimmen können. Im Regelfall haben private Hausbesitzer Versicherungen, die die Kosten auffangen. Mit einer Mehrheit wurde diese Vorlage aber beschlossen.

Auch zur Vorlage „Strukturkonzept Stadtteilzentrum Neustadt“ wurde eifrig diskutiert. Das Zentrum Halle-Neustadts soll attraktiver gemacht werden. Diesem Ziel stimmten wir natürlich zu, dennoch kritisierte Hendrik Lange, dass das Konzept nicht auf den zunehmenden Fahrradverkehr reagierte. Er könnte sich vorstellen, aus einem Parkhaus für Autos ein Fahrradparkhaus entstehen zu lassen, schlug er in der Diskussion vor. Nach langer Debatte wurde der Vorlage zugestimmt.

Auch alle Baubeschlüssen zur Sanierung von Schulen wurden beschlossen.

Das Bildungsleitbild ist in einer sehr langen Phase mit verschiedenen Akteuren entstanden. Es enthält im Wesentlichen Leitlinien, die jetzt durch konkrete Handlungsfelder unteretzt werden müssen. Auch dem

Bildungsleitbild wurde zugestimmt.

Zum Antrag der CDU/FDP zum Haushaltskonsolidierungskonzept gab es stürmische Debatten. Der Antrag sah vor, dass die Stadtverwaltung das aufzustellende Haushaltskonsolidierungskonzept, welches die Kommunalaufsicht einfordert, bis zum 28. August vorzulegen hat (Ziel der Verwaltung ist der September). Damit wäre einfach mehr Zeit, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen. In der Debatte nahm auch Herr Raue das Wort und wiederholte permanente Redewendungen, dass seine Fraktion den Zeitpunkt bereits auf Juni legen wollte, damit die Bürger vor der Wahl wüssten, wo gespart wird und er brachte wiederholt die Argumente, dass die Aufwendungen für die Flüchtlinge von jährlich 50 Milliarden Euro den Haushalt belasten ( Zur Erklärung: Das Asylbewerberleistungsgesetz regelt, welche Kosten für die Unterbringung und für die Lebenskosten der Flüchtlinge an die Stadt Halle Stadt überwiesen werden. Es sind Einnahmen der Stadt, die für genannte Zwecke ausgegeben werden. Diese Gelder können nicht einfach für andere Zwecke ausgegeben werden.) . Es folgten sehr emotionale Rededebatten, die Argumente gegen diese Polemik enthielten.

Ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der Linken, der Grünen und der CDU/FDP –Fraktion wurde wieder sehr hitzig diskutiert. Der Dringlichkeitsantrag, der ebenfalls auch mit den Stimmen der SPD dazu sehr eindeutig angenommen wurde, enthielt die Forderung, den Oberbürgermeister aufzufordern, gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt die Zustimmung der Stadt Halle (Saale) für eine Novellierung von §6 Kommunalabgabengesetz LSA (KAGLSA) zwecks Abschaffung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu erklären. Er beinhaltete weiterhin, das Land Sachsen-Anhalt zur Suche nach alternativen Finanzierungsquellen aufzufordern und sich mit weiteren Bürgermeistern für die Gesetzesnovelle einzusetzen. Ein Änderungsantrag der AfD, der die Landesregierung zur unverzüglichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge aufforderte, wurde in die Ausschüsse verwiesen. Der Antrag der Fraktionen (siehe oben) zu diesem Thema beinhaltete einen konkreten Handlungsauftrag und wurde deshalb angenommen. Kritiken kamen von der AfD-Fraktion, die den Antrag „Antrag der vereinigten SED“ nennt und vom Oberbürgermei-

ster, der den Antrag unseriös nennt, weil er die finanziellen Auswirkungen nicht aufzeigt. In seinem Wortbeitrag stellte der OB aber dar, dass bei Gegenüberstellung der Erhebung der Straßenausbaubeiträge und dem eingesetzten finanziellen Aufwand (z.B. Personalkosten) letztlich der Stadt keine Vorteile bleiben. Unsere Anträge zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt und der Antrag zur Aufwertung des Wohngebietes Heide- Nord wurden zur weiteren Diskussion in den Hauptausschuss vertagt. Ute Haupt

### **Maifeiern im Saalekreis unter dem Motto Solidarität**

Zu den traditionellen Feiern zum 1. Mai im Saalekreis luden der Kreisverband Saalekreis zum Familienfest auf die Kliaplatte in Merseburg und der Ortsverband Geiseltal nach Branderoda ein.

Mit Blick auf die Europa- und Kommunalwahlen stand in diesem Jahr das Thema Solidarität im Mittelpunkt. Der Kreisvorsitzende Alexander Sorge ging in seiner Rede auf den umfassenden Begriff der Solidarität im Großen wie im Kleinen ein. Solidarität mit unseren Mitmenschen, dem Menschen neben dir, in Stadt und Land, in Europa und weltweit ist Ausdruck der Menschlichkeit und des Respekts voreinander. Sie bedeutet auch zum Beispiel die solidarische Beteiligung aller an sozialen Systemen.

Gleichzeitig standen zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag Saalekreis und den Stadtrat Merseburg den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort.

Unterstützt von Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und Initiativen, dem Kinderprogramm mit Andy Trillhase und umrahmt vom ehemaligen Jugendblasorchester Großkorbetha zog unser diesjähriges Familienfest viele Besucherinnen und Besucher an. Höhepunkt zum Abschluss war das gut besuchte Konzert mit „Scherbekontrabass“.

Im Geiseltal stand der 1. Mai ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahlen. Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, mit unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie unserer Landtagsabgeordneten Kerstin Eisenreich über Verkehrs- und Energiepolitik, den Umgang mit Bürgeranliegen u.v.m. ins Gespräch zu kommen. Kerstin Eisenreich



**1. Mai in Halle auf dem Marktplatz, das hat Tradition und ist gut besucht, das schöne Wetter tut seinen Teil dazu. Viele gute Gespräche, spannende Reden und gute Musik, was wollte man mehr.**



## In Berlin und (H)alle dabei – Oh, wie schön kann Halle sein

Tja, das war ja mal ein Ding, als ich letztens vor dem Linken Laden eine seltsame kleine Uhr entdeckt habe, die da verlassen auf dem Boden gelegen hat. Sie war nicht kaputt, oder so. Vermutlich hat sie jemand dort verloren oder vergessen. Als ich sie mir näher ansah, musste ich feststellen, dass sie ein ungewöhnliches Ziffernblatt besaß. Anstelle der Stunden zeigte sie Jahre an – und zwar die zukünftigen Jahre. Neugierig drehte ich an den Zeigern und stellte die Uhr auf 2024, also fünf Jahre in der Zukunft, ein. Plötzlich begann die kleine Uhr in meinen Händen zu summen und die Zeiger drehten sich in irrwitziger Geschwindigkeit, bevor sie erneut auf der von mir eingestellten Zahl stehenblieben. Verwundert sah ich mich um. Der Linke Laden sah auf einmal so anders aus. Er hatte einen Anbau und Sitzplätze vor dem Haus. Ein munteres Kommen und Gehen herrschte und der Laden war voller Besucher\*innen. Viele von ihnen kannte ich gar nicht. Sie schienen keine Genoss\*innen zu sein, sondern normale Bürger\*innen der Stadt, die dort ein Schwätzchen hielten und fair gehandelten Kaffee tranken. Ich setzte mich zu ihnen und sie erzählten mir, wie schön es hier doch mittlerweile sei. Der Linke Laden sei ein Treffpunkt für Bürger\*innen geworden. Seit Oberbürgermeister Hendrik Lange und der rot-rot-grüne Stadtrat die Stadt gestalten, habe sich vieles verbessert, sagte man mir.

Das wollte ich genauer wissen und vor allem sehen, also machte ich mich auf zu einem Spaziergang. Tatsächlich hat sich einiges verändert. Als leidenschaftliche Radfahlerin fiel meinem geschulten Blick sofort auf, dass die Radwege in einem Top-Zustand waren. Auch die Gehwege waren keine Stolperfallen mehr und Autos parkten in Parkbuchten und auf vorgesehen Plätzen, statt Fuß- und Radwege zu verstellen. Generell war es viel ruhiger in der Stadt, da wesentlich weniger Autos unterwegs waren. Vorbeikommende Passant\*innen berichteten mir, das läge an der autofreien Altstadt und dem neuen Parksystem. Außerdem sei der Öffentliche Personennahverkehr nun kostenfrei für Bürger\*innen der Stadt und da nutze man doch nun viel lieber die Straßenbahn, die, klimatisiert und gut getaktet, viel schneller von A nach B bringe, als früher das Auto. Und es gäbe mittlerweile überall Fahrrad-Ausleihstationen und Fahrrad-Parkhäuser, sodass sich Halle allmählich zu einer Fahrradstadt

entwickelt. Als sie mir das so erzählten, bemerkte ich in ihren Händen To-Go-Becher. Auf meine Nachfrage, ob es die denn immer noch gäbe, ertete ich belustigte Blicke. Natürlich gäbe es die immer noch. Mittlerweile gibt es nämlich keine Wegwerfbecher mehr und die frisch gekürte Fair-Trade-und-Umwelt-Stadt sei damit auch viel sauberer.

Ich bedankte mich und lief weiter in Richtung Altstadt, die tatsächlich autofrei war – und grüner! Was ist denn mit dem Marktplatz geschehen? Da stehen ja Bäume! Ich traute meinen Augen kaum und schlenderte erst einmal über den Boulevard. Überall entdeckte ich kleine Läden, Cafés und Boutiquen mit allem möglichen Warenangebot. Die großen Ketten waren zwar immer noch da, doch die Auswahl ist durch die kleineren Geschäfte deutlich vielfältiger geworden. Das lockte offenbar auch die Menschen an, die hier fleißig bummelten. Auch der obere Boulevard war so belebt wie lange nicht mehr. Bis hoch zum Riebeckplatz ließen sich zahlreiche Cafés und Geschäfte entdecken. Die baufälligen Häuser waren nicht mehr von Gerüsten verdeckt, sondern erstrahlten im neuen Glanz. Auch der sonst eher als Durchgangspassage genutzte Riebeckplatz war nun zur Einkaufsmeile geworden.

Ich ging weiter zum Stadtpark und ließ mich dort auf einer Bank nieder. Da sprach mich jemand an, der mich erkannte, grüßte mich und setzte sich zu mir. Wir kamen ins Gespräch. Er erzählte mir, dass er seit einem Jahr in Halle wohne und es hier sehr schön findet. Seine Familie sei hierher gezogen, weil sie kleine Kinder haben und in Halle nun alle Schulgebäude saniert, technisch super ausgestattet und barrierefrei seien. Der Jüngste in der Familie sei nämlich auf zusätzliche Betreuung angewiesen und fühle sich in seiner inklusiven Klasse pudelwohl. Die Familie, so erzählte es mir der Mann, lebe in dem grünen Pilotprojekt-Viertel wo es keine Autos gäbe und die Häuser alle begrünt und klimagerecht saniert worden seien. Die Nahverkehrsmittel seien prima erreichbar, genauso wie ein schöner neuer und sauberer Spielplatz für die Kinder. In allen Stadtteilen hätten sich kleine Zentren gebildet. Dort pulsiere nun überall das Leben, da Gastronomie und Einkaufsmöglichkeiten nicht mehr nur im Stadtzentrum zu finden seien. Außerdem gibt es überall freies W-LAN. Halle habe sich

zu einer so attraktiven Stadt entwickelt, dass nun alle, jung und alt, hier leben wollen. Leerstehende Wohnhäuser mussten entsprechend saniert und neu gebaut werden. Dabei wurde von der Stadt ganz selbstverständlich darauf geachtet, dass keine soziale Entmischung stattfindet, sondern sozialer Wohnungsbau und bezahlbare Wohnungen in allen Stadtteilen vorhanden sind. Der Zuwachs in Halle hat sich auch positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt. Es entstanden neue Arbeitsplätze zu fairen Löhnen und die Menschen kommen nun her, statt von hier weg zu wollen. Endlich sei auch ausreichend Geld für die Kultur da. Die freie Theaterszene zum Beispiel, sei ein so fester Bestandteil der Stadt geworden, dass die Hallenser\*innen gar nicht mehr auf sie verzichten wollen. Das gelte auch für die vielen Angebote an Kinder- und Jugendprojekten, oder an Bildungsangeboten, Vereinen, Initiativen und Gruppen. Da fiel meinem Gesprächspartner noch ein, dass auf dem Steintor-Campus ein großes Fest gefeiert werde. Der Anlass sei der Auszug der Identitäten Bewegung. Halle ist eine Stadt von Gutmenschen im Besten Sinne geworden. Rechte Parolen und Hass haben schon lange keine Chance mehr. Die IB ziehe nun Leine und nimmt das restliche Pack mit. Das muss ordentlich gefeiert werden und die Hallenser\*innen helfen gerne beim Auszug, damit es schneller geht. Es soll sogar eine kleine Parade und Eskorte geplant sein. Sehr schön, sehr schön. Das freut mich doch zu hören. Nun verabschiede ich mich auch von diesem netten Gesprächspartner und mache mich wieder zurück zum Linken Laden.

Auf dem Weg dorthin fielen mir die Wahlplakate auf, die an den Laternenpfosten hingen. Die Kommunalwahl stand wieder an und bis auf die Farbe Blau sind alle Farben des Regenbogens zu sehen. Das scheint eine vielversprechende Wahl zu werden. Vor dem Linken Laden angekommen, nahm ich noch einmal die kleine Zeitreise-Uhr in die Hand, stellte sie auf 2019 ein und reiste zurück in die Gegenwart. Wieder im Heute angekommen, sah ich die fleißigen

Wahlkämpferlein motiviert und etwas gestresst im Linken Laden wuseln. Ich musste grinsen, da ich wusste, dass alles gut werden wird. Die kleine Uhr legte ich wieder dorthin zurück, wo ich sie gefunden hatte, schnappte mir meinen roten Kuli und machte mich auf ins Briefwahlbüro. Der Blick in die Zukunft ließ es mich kaum erwarten, mein Kreuzchen zu setzen.

**Am 26. Mai sind Kommunal- und Europawahlen in Halle. #GehtWählen und gestaltet eure und die Zukunft eurer Stadt mit!**



**8. Mai auf dem Südfriedhof - Gedenken an die Opfer des Faschismus.**

**Nie wieder Faschismus!**

**Nie wieder Krieg!**

**Linkes Blatt**

**Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

**Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

09.05.2019

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 06.06.2019

# COURAGE!

## GEGEN DEN HASS!

**DEMONSTRATION GEGEN DIE AFD | MITTWOCH 22. MAI | BEGINN 16 UHR | STEINTOR**

**Courage zeigen! Gegen den Hass!**

**Am Mittwoch, den 22. Mai will die AFD in Halle auf dem Hallmarkt eine Kundgebung abhalten. Als Redner erwartet werden Martin Reichhardt, Mario Lehmann und Alexander Raue. Zuletzt haben wir im Bundestagswahlkampf mit vielen Menschen gegen die AfD auf die Straße gehen können, Courage zeigen und dem Hass etwas entgegensetzen. Das planen wir auch für den 22. Mai. In den kommenden Tagen werden wir den Aufruf veröffentlichen und weitere Informationen verschicken. Bis dahin gerne schon mal das Datum**

**vormerken: Demonstration gegen die AfD, Mittwoch 22. Mai 2019, Start: 16 Uhr am Steintor Halle**

**Aufruf „Der AfD in die Suppe spucken“  
des Bündnisses „Querfurt für Weltoffenheit“  
für den 17. Mai ab 17 Uhr**

Am Freitag, den 17.05.2019, will die AfD erneut durch Querfurt marschieren. Damit reiht sie sich in die Kontinuität rassistischer Aufmärsche ein, die seit Oktober 2015 immer wieder Hass auf die Straßen Querfurts tragen. Einer der angekündigten Redner zum Beispiel, das AfD-Kreisvorstandsmitglied Rick Heinze, nahm bereits an den aus dem Neonazispektrum organisierten „Gesicht-zeigen-gegen-Asylmissbrauch“-Aufmärschen teil, welche eine „Überfremdung“ herbeifantasierten, nachdem 13 Syrerinnen und Syrer nach Querfurt gekommen waren.

Dabei ist es nicht so, dass erst seit 2015 migrantische Leute in Querfurt wohnen. Deuschtümelei und völkische Ideologie haben in Querfurt zweifelsohne einen guten Nährboden. Aber sie bleiben nicht ohne Widerspruch! Am 1. Mai 2018 übernahm die AfD die Rolle der Organisation der völkischen Aufmärsche. Die Mischung von bürgerlich auftretenden Rassistinnen und Rassisten und offenen Neonazis hat sich dadurch kaum verändert. Letztendlich macht es für uns aber auch keinen entscheidenden Unterschied, wie sie sich geben, denn unsere migrantischen Mitmenschen und eine Befreiung der Gesellschaft bedrohen sie im gleichen Maße.

So macht es für uns auch kaum einen Unterschied, dass dieses Mal auch noch Bernd Höcke als Redner angekündigt ist. Denn es geht uns nicht darum, in welchem Nest er sich wieder herumtreibt, sondern darum, ihn aus den Köpfen zu bekommen. Und das heißt für uns konsequent allen Höckes entgegenzutreten, die sich vom Alltagsrassismus der Bevölkerung ernähren!

Höcke, Tillschneider, Reichardt, Wald und Heinze (ja, wieder nur Männer auf der Rednerliste) stehen nicht vor den Stadttoren. Sie sind schon mitten unter uns. Und genau da werden wir ihnen in die Suppe spucken!

**17.05.2019 - 17 Uhr  
Entenplan und Dreieck - Querfurt  
#qft1705 #noAfDqft**

Infos zur Anreise:

<https://querfurt-fuer-weltoffenheit.blogspot.com/2019/05/der-afd-in-die-suppe-spucken.html>




# Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine EU der Millionäre! **DIE LINKE.**

Die Rechten in Europa machen mobil: Sie schüren Rassismus und Nationalismus. Sie suchen Sündenböcke für die Probleme in Europa, aber bieten keine Lösungen. Sie wollen Menschen gegeneinander mobilisieren, aber sie legen sich nicht mit den Reichen und Mächtigen an. Die Probleme in der EU haben klare Ursachen: Die soziale Ungleichheit wächst. Die Konzerne drücken die Löhne und entziehen ihre Gewinne dem Zugriff der Steuer. Dabei helfen ihnen die Mitgliedstaaten, die sich in der EU als Steuerparadies anbieten. Die Rechte der Beschäftigten und die sozialen Rechte der Menschen sind nicht in gleicher Weise geschützt wie die Freiheit der Unternehmen. Die neoliberale Politik der EU – getrieben nicht zuletzt von der deutschen Bundesregierung – hat Privatisierung und Spekulation Tür und Tor geöffnet. Bildung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr: Hier hat Profit nichts verloren.

DIE LINKE will Europa verändern: Mit klaren Regeln für Mindestlöhne und eine europaweite Sicherung gegen Armut. Und mit gerechten Steuern für die Konzerne, für Klimaschutz und eine friedliche Außenpolitik: Wir wollen keine Militärmacht EU und keine Rüstungsexporte, wir kämpfen für ein solidarisches Europa.

Ein Europa, das Menschen nicht ertrinken lässt und sie nicht in Not und Elend abschiebt. Für ein ökologisch gerechtes Europa, in dem unser Klima nicht den Profitinteressen einiger Weniger geopfert wird.

Ein Europa, in dem nicht die Rechten und die Neoliberalen den Ton angeben. Ein Europa, das mit einer Stimme spricht und sagt: Solidarität ist unteilbar.

 Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Ortsvereinen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Mitgliedschaftsbestätigung, der Abstammung und der Mitgliedschaftsbeziehung genutzt. Weitere Informationen zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 030/24009999, [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) v.i.S.d.P. Jörg Schindler

# Deine Stimme gegen Nationalismus

# Ein Europa für Alle

## DEMO

## 19. Mai Leipzig

12 Uhr W.-Leuschner-Platz



# DIE LINKE.

[www.ein-europa-fuer-alle.de](http://www.ein-europa-fuer-alle.de)





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat  
Mai Geburtstag haben.



## Post von Lene

Hallo, liebe Linke und Jusos,  
ich finde den Kevin einfach cool! Nee, ich meine nicht den Kevin aus dem Film „Kevin-Allein zu Haus“, den ich als kleiner Krümel gesehen hatte. Ich war damals echt begeistert, wie clever der Knirps die Einbrecher und Diebe ausgetrickst und nicht einmal ein bisschen Schiss dabei hatte. (Ich hätte mich bestimmt im Schrank versteckt und keinen Mucks von mir gegeben). Der Kevin aus dem Film hatte einfach Mumm Und den hat der Kevin, über den jetzt allerhand zu hören und in den Zeitungen zu lesen ist. Also, dieser Kevin heißt mit dem Nachnamen Kühnert und ist Chef der JUSOS, so nennt sich die Jugendgruppe der SPD. In dem Namen Kühnert steckt das Wort „kühn“. Er will doch glatt die reichen Konzernherren enteignen, weil sie nur Profite hamstern und die Löhne total hinterherhinken. Das ist richtig cool oder kühn, finde ich, aber einige Älteren aus seiner Partei, die finden das, was er so rausgehauen hat, gar nicht so schick. Zum Beispiel der Herr Gabriel, der war ja mal früher Minister. in Berlin. .unglaublich- der hat den Kevin doch mit dem blöden Trump verglichen. Opa sagt, dass der wie der ehemalige Bundeskanzler Herr Schröder „ein Genosse der Bosse“ gewesen wäre. Naja, ihr wisst sicher besser als ich, was er damit gemeint hat. Auf jeden Fall, das weiß ich von Papa, hat der Schröder Harz IV mit verbrochen.

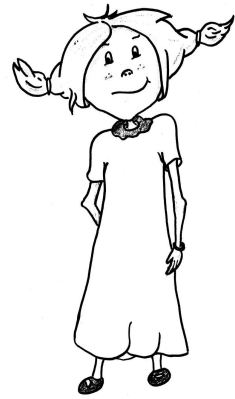
Also ich und meine beiden Kumpel Anton und Leo finde das toll, was der Kevin gesagt hat Und nun habe ich einfach aufgeschrieben, was ich so mitgekriegt habe. Also: „die Bedürfnisse der Arbeitskräfte und ihrer Familien“ und nicht der Gewinn für die obersten Bosse solcher großen Autokonzerne, wie z.B. BMW, sollen im Mittelpunkt stehen. Damit das möglich wird, könnte man diese Bosse enteignen und solche Betriebe in genossenschaftliches Eigentum, ähnlich wie bei den Bauern, umwandeln. Der Gewinn käme dann allen zugute, die dort arbeiten und ein Teil davon könnte für die Schulen oder Kitas und so verwendet

werden oder auch für Wohnungen. Die Hauptbesitzer von BMW sollen Milliarden!!! Euro an Gewinn eingesteckt haben, ohne groß Steuern zu bezahlen. wie es meine Eltern müssen. Stellt euch vor, in Städten wie Hamburg oder Berlin soll es Menschen geben, die bei Wind und Wetter unter Brücken leben und schlafen müssen, weil ihr Geld

nicht für die Miete reicht. Opa sagte mir, dass es sogenannte „Miethaie“ (?) gibt. Die kaufen riesige Grundstücke mit Häusern drauf und erhöhen ständig die Miete, die dann so manche nicht mehr bezahlen können. .Dann müssen diese Leute raus aus ihren Wohnungen, in denen sie oft Jahrzehnte gelebt hatten. Man nennt sie Wohnungslose, und sie müssen auf der Straße leben, wenn ihnen keiner hilft. Dann reißen diese Miethaie diese Häuser ab und bauen neue mit ganz hohen Mieten, die sich nur die Reicheren leisten können. In der Stadt Berlin, so erfuhr ich von Papa, sind ja wir Linken neben der SPD und den Grünen in der Regierung. Und dort wollen sie gegen solche Haie vorgehen, die solchen Mietwucher betreiben, indem man sie enteignet, hoffentlich klappt das. Das wäre doch gerecht, oder? Hoffentlich lässt sich Kevin von den „Genossen der Bosse“ in der SPD nicht einschüchtern!

Nun noch kurz etwas zu den Demos „Friday for future“. Meine Eltern haben gesagt, dass ich selbst entscheiden muss, ob ich daran teilnehme. Das habe ich gemacht, denn wir müssen es später einmal ausbauen, wenn unsere Umwelt weiter kaputt gemacht wird, Ich habe gelesen, dass eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind, weil wir Menschen in die Natureingreifen – mit Insektengiften, Unkrautvernichtungsmitteln, mit dem Abholzen von riesigen Waldflächen, mit dem Plastikmüll in den Meeren. Auch deshalb gehen wir Schüler und Schülerinnen freitags auf die Straße.

Tschüss Eure Lene



### **Neues aus dem Wahlbüro!**

In der 3. Mai-Woche ist Freiwilligen-Tag in Halle (17./18.5.). Wir haben überlegt, mit ein bis zwei Teams am 18.5. ab ca. 10 Uhr in Heide-Nord und in der Silberhöhe aufzuräumen. Auch hier brauchen wir viele fleißige Helferlein und bitten euch zu schauen, ob ihr teilnehmen könnt und das ihr Euch zurückerkündet.

Ansonsten möchte ich euch nochmals eindringlich bitten zu schauen, ob ihr an Infoständen teilnehmen könnt bzw. ob ihr selber Zeiten und vielleicht Orte für Infostände vorschlagen könnt, die wir dann unterstützen können, hier findet ihr nochmal die Übersicht (leider mussten schon 24 Infostände ausfallen):

[https://docs.google.com/spreadsheets/d/1IIYn5\\_CUpyjfPSXv4E4vdLqSH2UbznZWJqYDWqxGbSA/edit?usp=sharing](https://docs.google.com/spreadsheets/d/1IIYn5_CUpyjfPSXv4E4vdLqSH2UbznZWJqYDWqxGbSA/edit?usp=sharing)

oder im LiLa.

Und wir brauchen Rückmeldungen, falls ihr die Wahlzeitungen noch nicht erhalten habt, sie erhalten habt trotz „Keine Werbung“-Aufkleber oder sie einfach in den Hausflur gelegt wurde. Dann bitte schnell eine Mail an [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de), damit wir reklamieren können!

Dirk Gernhardt

stellvertretender Stadtvorsitzender

**Am 15. Mai 2019, ab 17.00 Uhr** trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) im Linken Laden zur Diskussion über die Notwendigkeit eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die unsoziale Tätigkeit der Treuhandanstalt in den 1990-er Jahren.

**Senioren-Café am 29. Mai ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4**  
**Änderung:**

Der Vortrag „2019 - das Jahr der Frauen“ wird zum Thema im Senioren-Café am 31.08.2019. Am 29. Mai wollen wir uns über erste Ergebnisse der Kommunal- und Europawahl sowie aktuelle politische Debatten austauschen.

#### **Vorschau**

**Senioren-Café am 26. Juni 2019:**

Excursion zur Gedenkstätte KZ-Außenlager Wansleben  
(Bus/Pkw)

**Die BO Riebeckplatz-Hofjäger lädt ein**

**Treffen am 12.06.2019 ab 16 Uhr im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Straße 64:**

- Einschätzung der Europa- und Kommunalwahlergebnisse,
- Diskussion über die Vorschläge des Jusovorsitzenden Kevin Kühnert

Gäste sind herzlich willkommen!

Die **AG Wirtschaft** trifft sich am **Donnerstag, 6. Juni um 16 Uhr im MMZ, Mansfelder Straße**. Der Geschäftsführer, Herr Nowak, wird uns durch das Haus führen und unsere Fragen beantworten.



## Neue alte Demokratie

In dem vor geraumer Zeit veranstalteten Jena-Dialog meinte Angela Merkel, man müsse auch über Demokratie neu nachdenken. Das ist völlig richtig, wenn es ihr dabei um die Vervollkommnung von Demokratie geht. Wenn ihr daran gelegen ist, dann wird sie wohl ein Stückchen nach links rücken müssen.

Im Nachdenken über Demokratie bin ich zuerst bei J. W. Goethe gelandet, und zwar bei seinen „Maximen und Reflexionen“.

Eine davon hat mich beeindruckt: „Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren.“ Nun, warum ist es gerechtfertigt, einen Dichter für eine politische Argumentation zu bemühen?

Ganze einfach: Weil er auch Minister einer Regierung war, er konnte es also wissen. Nach etwa zehn Jahren des Mitregierens wurde er allerdings der anfallenden Arbeit überdrüssig, da in ihm das Poetische abzusterben drohte; die erste Italienreise (1787) rettete ihn. „Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren!“ – Ist das nicht Demokratie in Reinkultur? Zeugt diese Antwort nicht von einem tiefen Vertrauen in die humanistische Gestaltungskraft der Menschen? Es ist doch immer eine schöne Aufgabe der LINKEN, diese Lehre mit für jedermann verständlichen Ideen zu füllen und diese solange zu verbreiten, bis selbst die gar nicht so unbeherrschbaren Kapitalisten sie begriffen haben? Vielleicht eine Jahrhundertaufgabe – egal, es wird sich lohnen. Da braucht es Ideen, die die Massen ergreifen. Goethe hätte gewiss seine Freude an den Bewegungen „Aufstehen!“, „Ungeteilt!“ und „Fridays for future!“.

„Aufstehen!“ ist eine wichtige Idee, aber sie traf leider nicht auf die erforderliche Unterstützung in unseren Spitzengremien. „Oben“ (nicht „unten“) entstanden! Wenn sie gut ist, dann sei's! Deutschland ist reif für den Kampf gegen rechts, gegen ahumane Abschottung und evtl. auch schon reif für eine nachweisbar wirksame Bekämpfung aller Fluchtursachen wie Krieg, Not und Elend aufgrund nach wie vor praktizierter Ausbeutung. Und Deutschland ist reif für den Kampf um eine neue, allen gerecht werdende Sozialstruktur. Die SPD-Idee (Grundrente!) ist ein Anfang. Wie zukünftige Sozialstruktur noch funktionieren soll, darüber

muss mit allen bereitwilligen Denkern in der Gesellschaft nachgedacht werden. Wesentliche Initialzündungen werden auch von uns, den LINKEN, ausgehen müssen: Die „solidarische Mindestrente“ ist auch ein gutes Beginnen. Manche Bedingungen/Umwstände sind zzt. günstig! Selbst über bessere politische Bildung bei Kindern wird hier und da nachgedacht. Die bisherige sei in den letzten 10 Jahren besser geworden, meint der Wissenschaftler Hurrelmann. Bis dahin reichte es oft noch aus, zu wissen, dass manches Übel von links komme oder ihren Ursprung in alten DDR-Zeiten habe. Das linke Auge des Verfassungsschutzes war weit aufgerissen, Diskreditierungen und Beleidigungen bis in den Bundestag waren an der Tagesordnung, während das rechte Auge halb geschlossen oder auch ganz zu war. Da kann sich der rechte Rand der Gesellschaft gut entfalten. „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ hieß es einst. Mieses kommunistisches Hirngespinnst! „Enteignung!“ – alte DDR-Idee!

Derartige Diskreditierungen kehren auf ähnliche Weise immer wieder. Ist das das Ergebnis politischer Bildung? Es wird Zeit, dass damit endlich Schluss gemacht wird, dass sich die politische Vernunft langsam Bahn bricht und wir uns alle mit Vernunft „selbst regieren können“.

„Friday...“ ist ein gutes Beginnen - die Kinderargumente bringen die Politiker möglicherweise viel eher in Zugzwang als Erwachsenenargumente. Die jungen Leute dürfen nur nicht locker lassen und müssen immer neue Ideen entwickeln, die wir nach Kräften unterstützen. Politiker kommen ins Grübeln bei dieser Art von Demokratie, aber leider auch zu dem Schluss, die Schüler sollten ihrer Schulpflicht nachkommen und das Umwelt-Denken den Profis überlassen. - Klugheit entwickelt sich nicht nur in der Schule.

Auch Kriege auszumerzen, kann eine so dankbare Aufgabe sein! Jeder hergestellte Panzer ist schließlich verletztes, in Wahrheit: schon getötetes Menschenrecht, jedes Schnellfeuergewehr, jedes U-Boot.

Es darf nicht mehr nur um den Exportstopp gehen. Das reicht nicht mehr! Es muss um den Produktionsstopp und die schrittweise Umstellung von Kriegs- auf

Friedenswirtschaft gehen, damit die Menschenrechte endlich ganz gesichert werden können. Beim Atomausstieg geht es, beim Kohleausstieg wird es gehen – vielleicht sogar eher! Was die Waffenproduktion betrifft...?

Bei allem, was zu tun ist, bleibt zu hoffen, dass sich politische Vernunft durch gute, ehrliche politische Bildung durchsetzt und mit der kleinen, schlichten

Einsicht beginnt, die einst B. Brecht so formuliert hat:

„Ein reicher und ein armer Mann,  
die standen da und sah'n sich an.  
Da sagte der arme Mann ganz bleich:  
„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

## Die deutsche Außenpolitik während des Kalten Krieges muss aufgearbeitet werden

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs begann der Kalte Krieg zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion und den von ihnen angeführten politischen und militärischen Blöcken. In der Folge bestimmte die Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit Außen- und Sicherheitspolitik. Die auf beiden Seiten unternommenen politischen, wirtschaftlichen, technischen und militärischen Anstrengungen, um den Einfluss des jeweils anderen Lagers weltweit einzudämmen oder zurückzudrängen, standen unter einer klaren ideologischen Freund-Feind-Logik. Die USA und ihre Verbündeten unterstützten dabei zahlreiche Regime und Militärdiktaturen in Afrika, Asien, Europa und Südamerika – denen sie zum Teil durch den Sturz linker Regierungen an die Macht geholfen hatten – und halfen diesen bei der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition oder antikolonialen Befreiungsbewegungen.

Beispiele dafür gibt es zu Hauf. Man denke nur an die Beteiligung bundesdeutscher Stellen an dem mörderischen Putsch in Indonesien im Oktober 1965, der den bis 1998 diktatorisch herrschenden Generalmajor Suharto in Jakarta an die Macht brachte. Der Militärputsch begann in Reaktion auf einen fälschlich der Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI) in die Schuhe geschobenen Umsturzversuch, in dessen Verlauf mehrere Offiziere ermordet worden waren. Anschließend gingen die Militärs mit exzessiver Gewalt gegen tatsächliche oder angebliche KPI-Mitglieder und -Anhänger sowie die chinesische Minderheit vor. Nach verschiedenen Schätzungen fielen diesem Terror bis zu eine Million Menschen zum Opfer; Millionen wurden interniert und bis vor wenigen Jahren gesell-



schaftlich ausgegrenzt.

Nach Recherchen des Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom lässt sich für die Zeit vor dem Putsch eine enge Abstimmung des BND mit der CIA belegen. Der BND habe dem US-Geheimdienst im April 1961 mitgeteilt, man verfüge „über einen exzellenten Residenten“ in Jakarta. Laut CIA-Akten handelte es sich dabei um Rudolf Oebser-Röder, einen ehemaligen SS-Standartenführer im Reichssicherheitshauptamt, der 1948 in die Organisation Gehlen eingetreten und später in Indonesien auch als Korrespondent für die Süddeutsche Zeitung und die Neue Zürcher Zeitung tätig geworden sei.

In einem Vortragsmanuskript des damaligen BND-Präsidenten Gerhard Wessel aus einer Sitzung des Bundestags-„Vertrauensgremiums“ vom Juni 1968 heißt es, der BND habe nicht nur die indonesischen Militärs bei der blutigen „Zerschlagung der KPI“ mit Beratern, Ausrüstung und Geld unterstützt. Der spätere Staatschef Suharto habe dem BND sogar einen

„große[n] Anteil ... am Erfolg“ der Operation zugeschrieben. Bis heute verweigert die Bundesregierung die Aufklärung der deutschen Beteiligung an den Verbrechen.

Oder man denke an die Aktivitäten deutscher Geheimdienste in Griechenland und die Zusammenarbeit mit der zwischen 1967 und 1974 herrschenden Obristendiktatur.

Die Militärs waren mit Hilfe der von der NATO in ihrem Machtbereich gegründeten Gladio-Geheimorganisation an die Macht gekommen und herrschten äußerst blutig. Vor, während und nach ihrer Herrschaft pflegte der BND eine enge Zusammenarbeit mit dem griechischen Partnerdienst KYP. Weil „Griechenland NATO-Partner war und ist“, sind aus Sicht der Bundesregierung „nachrichtendienstliche Sachverhalte, die noch nicht 60 Jahre oder länger zurückliegen, [...] in der Regel weiterhin geheimhaltungsbedürftig.“

Oder aber man denke an Chile.

Am 11. September 1973 putschten mit Hilfe der CIA rechte Militärs um General Pinochet die demokratisch legitimierte Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende aus dem Amt. Was den BND aber nicht dazu brachte, seine - vorwiegend über Nazi-Massenmörder gehaltenen - Kontakte zu chilenischen Geheimdiensten oder zur deutschen Sekte „Colonia Dignidad“, die den Putschisten als Folterbasis diente und auf deren Gelände vermutlich mehr als 100 ermordete Oppositionelle verscharrt wurden, abzubrechen.

Die nach außen hin viel beschworenen westlichen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten wurden während des mehr als vier Jahrzehnte andauernden Konflikts zugunsten einer Zusammenarbeit mit rechtsgerichteten Diktaturen zurückgestellt. Anstatt die Zusammenarbeit einzustellen oder zu versuchen die diversen Diktaturen politisch zu isolieren und oppositionelle Demokratiebewegungen zu unterstützen, verbesserten sich in der Regel die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Bundesrepublik nach der Übernahme der Macht durch rechtsgerichtete Regime und stabilisierten diese.

So unter anderem mit:

Portugal (1933-1974), Spanien (1939-1975), Griechenland (1967-1974), Paraguay (1954-1993), Bra-

silien (1964-1985), Bolivien (1964-1982), Chile (1973-1998), Argentinien (1976-1983), Südafrika (1948-1994) und Indonesien (1965-1998).

Auf der anderen Seite leistete die DDR den sozialistischen Staaten und marxistischen Befreiungsbewegungen in Afrika und im Nahen Osten nicht nur humanitäre und technische, sondern auch militärische Hilfe.

Ostdeutsche Ausbilder und Militärberater, Pioniere und Techniker unterstützten Armeen und Guerillatruppen u.a. in Angola und Moçambique, in Algerien, Libyen, dem Irak, Syrien, Südjemen, Äthiopien, Guinea-Bissau, Benin, Nigeria, der Volksrepublik Kongo, in Tansania und Sambia. Waffen und technisches Material wurden geliefert, Sicherheitspolizeien mit Hilfe der DDR aufgebaut, um „die Konsolidierung der Siege der Revolution“ zu gewährleisten.

Eine systematische Aufarbeitung der deutschen Außenpolitik während des Kalten Krieges ist bis heute nicht erfolgt, obwohl in keiner Weise auszuschließen ist, dass deutsche Regierungen während dieser Zeit mittel- oder unmittelbar mitverantwortlich an massiven Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Auf meine bisherigen Kleinen Anfragen reagierte die Bundesregierung eindeutig: Ein eigenes Aufklärungsinteresse gibt es nicht.

Wer will könne sich ja beim Bundesarchiv lagernde Akten ansehen.

Wir werden deshalb einen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen, damit eine unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der deutschen Außenpolitik während des Kalten Krieges eingerichtet und ein Untersuchungsauftrag formuliert wird, der alle Aspekte der deutschen Außenpolitik während des Kalten Krieges und insbesondere daraus resultierende Verantwortlichkeiten für Menschenrechtsverletzungen in den Blick nimmt. Der Historikerkommission muss dann selbstverständlich freier Zugang zu allen für den Auftrag notwendigen Akten garantiert und eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden.

Es wird Zeit.

Jan Korte,

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE.

## Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein:

**Montag, 27.05.2019, 14:30 Uhr Vortrag und Diskussion**

Eine kleine politische Rundreise durch das Baltikum  
Wer sind unsere Nachbarn in der Europäischen Union?

mit Dr. Holger Politt (RLS)

**im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 30, 06130 Halle**

Kooperationsveranstaltung mit dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis

---

**4.6.-7.7.2019**

**Ausstellung „Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“**

**Zweigbibliothek Steintor-Campus der Universitäts- und Landesbibliothek und Seminar für Slavistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Adam-Kuckhoff-Str. 35, 06108 Halle (Saale)**

Gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit dem Verein „Dzieci Holocaustu“, dem Seminar für Slavistik der MLU Halle, der Zweigbibliothek Steintor-Campus der Universitäts- und Landesbibliothek, der RLS Bundesstiftung und dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien  
Während der deutschen Okkupation Polens im 2. Weltkrieg konnten etwa 5.000 jüdische Kinder gerettet werden. Jahrzehnte später erzählen 15 von ihnen die gleichermaßen erschütternde Geschichte ihres Lebens. Unter dem Titel «Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern» entstand hieraus eine außerordentlich ergreifende, sensibel umgesetzte Ausstellung.

---

**Freitag, 14.06.2019, 13:00 bis 19:00 Uhr**  
**Hallischer Saal, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universitätsring 5, 06108 Halle**  
Wandel – Stadt – Weiter so

Aktionstagung für Entwicklungsperspektiven einer Postwachstumsstadt

gemeinsame Veranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt, Heinrich-Böll Stiftung Sach-

sen-Anhalt, Konzeptwerk Neue Ökonomie und Arbeitskreis Ökologie & Nachhaltigkeit im StuRa der MLU

So kann es nicht weitergehen!

Ökologische und soziale Krisen machen weltweit, aber auch vor der eigenen Haustür klar, dass wir mit unserer Lebensweise und der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur zunehmend an Grenzen stoßen. Die Rufe nach einer umfassenden Transformation werden immer lauter. Unter dem Motto „Wandel - Stadt - Weiter so“ wollen wir die Gestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige und sozialgerechte Stadt diskutieren, denn die Stadt ist Wohn- und Lebensraum ihrer Bewohner\*innen.

13:00 Begrüßung & Einführung

13:15 Wem gehört die Stadt – Alternative  
Wirtschaftsweisen zum Kapitalismus

Dr. Friederike Habermann, Volkswirtin, Historikerin,  
Commons-Forscherin

14:00 Postwachstumsstadt - sozialwissenschaftlicher Blick auf Stadtforschung

Prof. Dr. Frank Eckardt/ Anton Brokow-Loga M.Sc.  
Bauhaus-Universität Weimar

Pause

15:15 Einblicke aus der Praxis:

Wie wird die Stadt satt? - Stadtbevölkerung regional und solidarisch ernähren, Solidarische Gärtnerei Lands-  
berg

"Kleine Feldwirtschaft"

Carsharing als Modell gemeinsamen Nutzens und zur  
Schaung von mehr Stadtraum, JEZ Mobil Carsharing  
in Stadt und Umland

sozial gerecht wohnen - Wohnprojekte und gemeinschaftliches Eigentum, Haus und Wagenrate. V. Leipzig

16:45 Auf dem Weg zur Postwachstumsstadt -  
Erste Schritte in Richtung Wandel wagen  
Nina Treu, Konzeptwerk Neue Ökonomie

18:00 Ausblick & Ende der Veranstaltung

19:00 Film: Die Revolution der Selbstlosen, im  
Puschkino in Halle, Kardinal-Albrecht-  
Str. 6

Eintritt frei!

Um Anmeldung wird gebeten unter: gs-  
halle@rosaluxsa.de

## Fraktion DIE LINKE: Weitere Widersprüche bei der Stendaler Wahlfälschung

Zur Sitzung des 16. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Wahlfälschungsaffäre in Stendal erklären die Ausschussmitglieder Henriette Quade und Wulf Gallert:

„Die heutigen Zeugenvernehmungen im 16. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ergaben weitere Widersprüche im Bereich der Polizei bezüglich der Einbindung in das Ermittlungsverfahren zur Stendaler Wahlfälschung.

Der ermittelnde Stendaler Polizeibeamte Hansel hatte, nachdem das Verfahren federführend an die Polizeidirektion Nord (Magdeburg) übertragen worden ist, durch den ihm vorgesetzten Polizeibeamten Leihe die Anweisung des Polizeibeamten Schnorrer übermittelt bekommen, dass er die anstehenden Beschuldigtenvernehmungstermine rechtzeitig im Vorfeld der Leitung der Polizeidirektion zu übermitteln habe.

Dagegen remonstrierte der Polizeibeamte Hansel ausdrücklich mit der Begründung, dass er keinerlei Notwendigkeit sieht, in diesem besonders geschützten Verfahren Informationen an einen ihm bezeichneten Personenkreis weiterzugeben, der mit den Ermittlungen nichts zu tun habe.

Daraufhin befragte der Untersuchungsausschuss den damaligen Chef der PD Nord Schomaker, den Abteilungsleiter Polizei Langhans und den Leiter des Zentralen Kriminaldienstes (ZKD) Herrmann. Alle drei schlossen aus, dass sie eine solche Information angefordert und bekommen haben.

Der dazu wiederholt befragte Polizeibeamte Schnorrer behauptete heute, dass die Anforderung vom Polizeibeamten Herrmann kam, der dies aber in seiner heutigen Zeugenaussage klar ausschloss. Vor dem Hintergrund, dass alle damaligen Vertreter der Behördenleitung der PD Nord aussagten, dass ein solches Verfahren, sensible Informationen dieser Art aus einem laufenden Ermittlungsverfahren abzufordern, völlig außergewöhnlich ist, stellt sich die Frage, warum in diesem Verfahren die Termine von

Beschuldigtenvernehmungen gegen den Widerstand des ermittelnden Polizeibeamten Hansel abgefragt wurden und warum es einen eindeutigen Widerspruch zwischen der Aussage des damaligen Leiters des ZKD Herrmann und des Polizeibeamten Schnorrer gibt.

Die Befragung der Richterin am Landgericht Hensel von Staden ergab noch einmal eindeutig, dass die Feststellung, dass Hardy Güssau entgegen seiner eigenen Aussage bei den Kommunalwahlen 2014 nicht selbst gewählt hat, ausdrücklich Ergebnis der Beweiserhebung im Gerichtsverfahren war und nicht nur eine Übernahme der Bewertung der Staatsanwaltschaft. Damit gibt es eine gerichtliche Bewertung, die die Aussage von Hardy Güssau, dass er selbst gewählt hat, als unwahr bezeichnet. Darüber hinaus gibt es eine Reihe anderer nicht zu erklärender Widersprüche und die WhatsApp-Nachricht an Holger Gebhardt vom 03.06.2014 mit folgendem Inhalt:

„Güssau Handy:

„Jetzt haben die dich am Arsch ...“

„So ein Mist“

„Notfalls Mandat zurückgeben“

„Fahlke rückt nach“

„arat erledigt“

„So eine Scheisse“

„habs geahnt“

„Hat bestimmt einer gepetzt“

„Ein Verlierer“

Vor diesem Hintergrund ist aus unserer Sicht die Aussage von Hardy Güssau, dass er vor der Durchsichtung der CDU-Geschäftsstelle im November 2014 nichts von der Wahlfälschung gewusst hat, in hohem Maße unglaubwürdig. Zwar ist eine solche Mitwisserschaft nach Aussage des ermittelnden Polizeibeamten Hansel für die Strafverfolgung irrelevant gewesen, aber aus unserer Sicht nicht für eine politische Bewertung.“

5. Juli 2019 | 14-22 Uhr

# Sommerfest



Clown, Quiz,  
Hüpfburg, Livemusik  
Grillen & Getränke frei  
**Vor und im  
Linken Laden,  
Leitergasse 4, Halle**



**DIE LINKE.**

Stadtverband Halle (Saale)